

Informationen und Meinungen

Ein Informationsservice des
DEBRIV
Bundesverband Braunkohle

Ausgabe 2
2003

GUTACHTEN

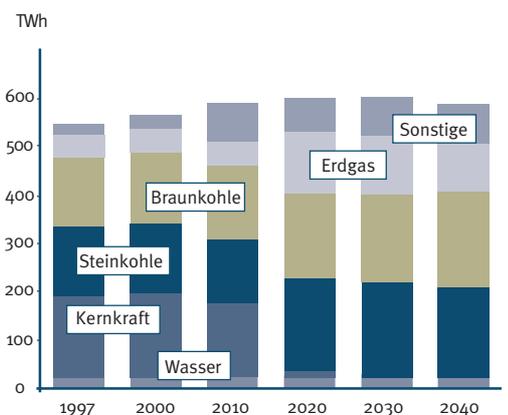
Prognos stellt Langfristszenario vor

Berlin – Das von der Prognos AG, Basel, erstellte Langfristszenario „Die Rolle der Braunkohle in einer wettbewerbsorientierten, nachhaltigen Energiewirtschaft“ wurde von Autor Michael Schlesinger Anfang April vor der 5. Berliner Rohstoffrunde erstmals der Fachöffentlichkeit persönlich vorgestellt. Schlesinger erläuterte den offenen Ansatz der Untersuchung, der die Verfolgung der drei Nachhaltigkeitsziele – Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Umwelt- und Ressourcenschonung - gleichrangig berücksichtigt und die volks- und energiewirtschaftliche Entwicklung jenseits 2012 nicht unter das Primat neuer CO₂-Minderungsziele stellt. Als Rahmen wird ein offener europäischer Markt für Gas und Strom, eine weltmarktorientierte Preisbildung für die Primärenergien Kohle, Mineralöl und Gas sowie Offenheit für alle Energieerzeugungs- und Energieumwandlungsverfahren in der EU und technik- und marktorientierte Investitionsentscheidungen im Energiesektor unterstellt. Ziel der Untersuchung ist, ein „konsistentes energiewirtschaftliches Szenario bis 2040 vorzulegen“.

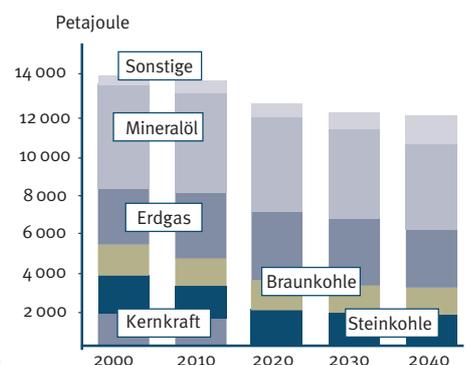
Prognos geht davon aus, dass Deutschland und die EU ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Nach Prognos wächst die Wirtschaft jährlich um 1,9 Prozent bis 2010 und danach um 1,2 Prozent bis 2040. Bei weiterer Entkopplung von Wirtschaftsleistung und Energiebedarf könnte dadurch der Primärenergieverbrauch bis 2040 um knapp 19 Prozent zurückgehen.

Strom verzeichnet nach den Berechnungen von Prognos als einzige Endenergie bis 2010 deutliche Zuwächse. Erst danach, insbesondere als Folge der zurückgehenden Bevölkerung, sinkt der Stromverbrauch, wird aber selbst im Jahre 2040 noch über dem Bedarf von 2000 liegen, erklärte Prognos-Energieexperte Schlesinger. Der gesamte inländische Strombedarf kann nach seiner Ansicht über den Prognosezeitraum einschließlich energieintensiver Produktionen aus inländischer Erzeugung preisgünstig gedeckt werden.

Die künftige Entwicklung des Strombedarfs ist, so Schlesinger, ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Nutzung der heimischen Braunkohle, deren Förderung bereits heute zu über 90 Prozent in der Stromerzeugung eingesetzt wird. Die Braunkohlenförderung werde weitgehend konstant bleiben, die deutlich effizientere Nutzung in modernen Kraftwerken führt allerdings dazu, dass der Anteil der Braunkohle am Strommarkt steigt, meint Prognos. Der Einsatz von Erdgas und Steinkohle in der Stromerzeugung werde dagegen stärker durch den Kernenergieausstieg beeinflusst, der im wesentlichen zwischen 2010 und 2020 zu bewältigen ist. Im Bereich der regenerativen Energien, insbesondere bei Wind, rechnet Prognos einerseits mit einem starken Zuwachs infolge der gesetzlichen Förderung, andererseits werden technische und wirtschaftliche Restriktionen aufgezeigt, die Grenzen für die Expansion setzen. Prognos bescheinigt der Braunkohle eine „eigenständige energiewirtschaftliche Begründung“, die sich auf wirtschaftliche und ökologische Effizienz stützt und über Jahrzehnte gelten kann. Anhaltende Wettbewerbsfähigkeit, große verfügbare Vorräte und ein moderner Kraftwerkspark in allen Revieren sind dafür die Grundlage. Die Braunkohle entwickelt



Entwicklung der Bruttostromerzeugung in TWh 1997 bis 2040 nach Energieträgern
Quelle: Prognos



Entwicklung des Primärenergieverbrauchs 2000 bis 2040 in Petajoule
Quelle: Prognos

sich, so die Prognose von Prognos, in den nächsten Jahrzehnten zur wichtigsten Verstromungsenergie. Als bedeutendster heimischer Energieträger bleibe Braunkohle auch im internationalen Rahmen wettbewerbsfähig und somit der einzige im großen Umfang verfügbare Energieträger, der im Stromsektor ohne Subventionen bestehen kann. Prognos-Energieexperte Schlesinger plädierte dafür, die Zeit für eine offene energie- und umweltpolitische Debatte zu nutzen, in der die energie- und umweltpolitischen Belange gleichgewichtig berücksichtigt werden. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass der Strombedarf in Deutschland anhaltend hoch bleiben wird. In jedem langfristigen Szenario spiele die Braunkohle aus Gründen der Versorgungs- und Preis-sicherheit unbenommen von anderen politischen Entscheidungen eine eigenständige Rolle. Diesem Tatbestand muss durch die Formulierung angemessener CO₂-Minderungsziele Rechnung getragen werden. Die Prognos-Studie ist als Download auf den Internetseiten des DEBRIV (www.braunkohle.de) unter „Presseservice“ zugänglich. ■

ENERGIERESSOURCEN

Kohle bleibt dominierender Energierohstoff

Hannover – Der „quantitativ beherrschende Energierohstoff auf der Welt ist und bleibt die Kohle“, schreibt die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in ihrem jetzt erschienenen Bericht „Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen“. Der Anteil der Kohle an den Weltreserven aller nicht-erneuerbaren Energierohstoffe ist seit 1997, dem letzten Rohstoffbericht der BGR, deutlich angestiegen und erreicht jetzt 55 Prozent. Der Anstieg geht im wesentlichen auf eine höhere Bewertung der russischen Kohlenvorkommen zurück. Es folgen das Erdöl mit einem Anteil von 26 Prozent an den Weltenergieserven und Erdgas mit knapp 15 Prozent. Am Weltenergieverbrauch nimmt Kohle mit einem Anteil von 27 Prozent Platz zwei hinter dem Mineralöl ein. Bei der Stromerzeugung ist Kohle dagegen mit 37 Prozent wichtigster Energieträger. Ein knappes Fünftel der Weltkohlenförderung wird derzeit weltweit gehandelt. Die Hälfte des Handelsvolumens entfällt auf Ostasien und rund ein Drittel auf die EU. Der Weltkohlenmarkt wird nach Angaben der BGR künftig um ein bis zwei Prozent pro Jahr wachsen. In Indien und China könnten die Steigerungsraten allerdings deutlich höher liegen. Das größte Exportpotenzial sehen die Rohstoffwissenschaftler aus Hannover in Australien, Indonesien und Kolumbien sowie in China und Russland. Das Vorratspotenzial der Kohle, so die BGR „ist ausreichend, um den Bedarf für das 21. Jahrhundert zu decken.“ Allerdings sei eine „exaktere Definition der bestehenden Reserven nach Qualität und wirtschaftlicher Gewinnbarkeit wünschenswert, um genauere Prognosen für den künftigen Weltmarkt zu erstellen.“ In den Industrieländern hängen die Zukunftschancen der Kohle nach Einschätzung der Bundesanstalt vor allem von der Weiterentwicklung und Anwendung von Clean-Coal-Technologien ab. ■

IMPORTABHÄNGIGKEIT

Starker Euro entlastet Energierechnung

Eschborn – Die Kosten für Energieimporte erreichten im vergangenen Jahr nach Berechnungen des Bundesamtes für Wirtschaft (BAFA) eine Gesamthöhe von 42,3 Milliarden Euro (Mrd. Euro), das waren 4,6 Mrd. Euro weniger als 2001. Den Hauptanteil machten die Ausgaben für Mineralölimporte aus. Mit insgesamt 28,1 Mrd. Euro erreichte die Ölrechnung zwei Drittel der gesamten Importaufwendungen. Auf Grund der Eurostärke

verringerten sich die Ausgaben für die Ölimporte bei annähernd gleichen Mengen um fast vier Mrd. Euro oder zwölf Prozent gegenüber 2001. Für die Erdgasimporte mussten insgesamt 11,4 Mrd. Euro aufgewendet werden, 0,7 Mrd. Euro oder sechs Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Einfuhr von Steinkohle in Höhe von 34,6 Millionen Tonnen (Mio. t SKE) schlug mit 1,8 Mrd. Euro zu Buche. Hier gab es wegen der geringen Preisvolatilität der festen Brennstoffe nur einen geringen Rückgang. Der Preis für Importkohle lag im Jahresdurchschnitt bei rund 44,50 Euro je Tonne gegenüber etwa 53 Euro im Vorjahr. Braunkohle wurde nicht in nennenswertem Umfang importiert. ■

NACHHALTIGKEITSRAT

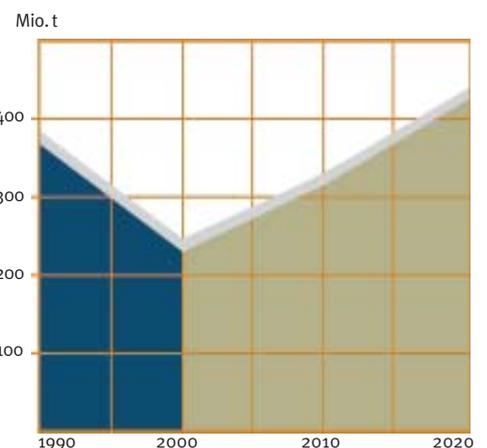
Experten diskutierten über Zukunft der Kohle

Essen – Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzte Rat für Nachhaltige Entwicklung befragte im April Unternehmen und Wissenschaftler zur Zukunft der Kohle. Das Expertenhearing bildet die Grundlage, auf der die 15 Mitglieder des Rates unter der Leitung des SPD-Politikers Volker Hauff Empfehlungen für die Bundesregierung erarbeiten wollen. Die Mehrzahl der Experten war sich einig, dass Kohle auch im 21. Jahrhundert eine bedeutende Rolle in der Weltenergieversorgung spielen wird. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin geht davon aus, dass im Jahr 2020 rund 90 Prozent des Weltenergiebedarfs durch fossile Energieträger gedeckt wird, ein Viertel davon durch Kohle. Auch am erwarteten Anstieg des Weltenergieverbrauchs werde die Kohle partizipieren, erklärte das DIW. Bis 2030 werde sich der Weltkohlenverbrauch mindestens verdoppeln. Die Verfügbarkeit und Konkurrenzfähigkeit der Kohle bedarf nach Ansicht des Fraunhofer-Instituts ergänzend eine breite öffentliche Akzeptanz. Dies könne nur bei weiterer kontinuierlicher Steigerung der Kraftwerks-Wirkungsgrade und dem Einsatz von Emissionsminderungstechnologien gelingen. Auch die Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IGBCE) wies darauf hin, dass die umweltverträgliche Kohlennutzung vor dem Hintergrund der Klimadiskussion eine herausragende Rolle spiele. Alle Experten sprachen sich dafür aus, verstärkt nach Technologien zur Abscheidung von Kohlendioxid zu suchen und wirtschaftlich zu entwickeln. ■

KLIMASCHUTZ I

Brennstoffwechsel ist keine Perspektive

Berlin – Der vom Sachverständigenrat für Umweltfragen erneut in die klimapolitische Diskussion eingebrachte Vorschlag, eine weitere Senkung der CO₂-Emissionen durch den Verzicht auf Braunkohle zu erreichen, wurde von der deutschen Braunkohlenindustrie zurückgewiesen. In einem Schreiben an den Sachverständigenrat erklärte der DEBRIV, eine „Politik des Brennstoffwechsels in Deutschland“ sei für die Minderung der globalen Treibhausgasemissionen nicht nur nicht zielführend, sondern sogar kontraproduktiv. Beim Einsatz kohlenstoffärmerer Importenergien müssten auch der transportbedingte Energieaufwand und die damit verbundenen Emissionen berücksichtigt werden. Insbesondere beim Import von Erdgas aus weit entfernten Regionen komme es dabei zu einer weitgehenden Kompensation brennstoffbedingter Vorteile gegenüber Braunkohle. Der Sachverständigenrat wurde außerdem auf das jüngste EU-Dokument zur Energiestrategie Russlands hingewiesen. Russland beabsichtigt danach, die Kohlenförderung bis 2020 um 75 Prozent auf dann 430 Mio. t jährlich zu erhöhen. Die zusätzliche Kohlenförderung soll verstärkt zur Stromerzeugung eingesetzt werden und



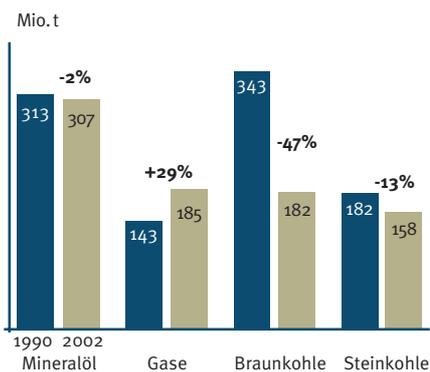
Entwicklung der Kohlegewinnung in Russland

Erdgas aus diesem Bereich verdrängen, um die Exportpotenziale für diesen Energieträger zu erhöhen. Der Kohlenanteil an der russischen Stromerzeugung soll durch diesen Strukturwandel von derzeit 17 Prozent auf 29 Prozent im Jahre 2020 steigen. Zum Einsatz kommt die Kohle in älteren Kraftwerken mit Wirkungsgraden zwischen 27 und 29 Prozent, gegenüber heimischen Anlagen mit Wirkungsgraden zwischen 36 und 45 Prozent. Im Saldo würden sich die Emissionen an Treibhausgasen durch diese Maßnahmen vermutlich sogar erhöhen.

KLIMASCHUTZ II

Braunkohle ist in die nationale Klimavorsorgestrategie integriert

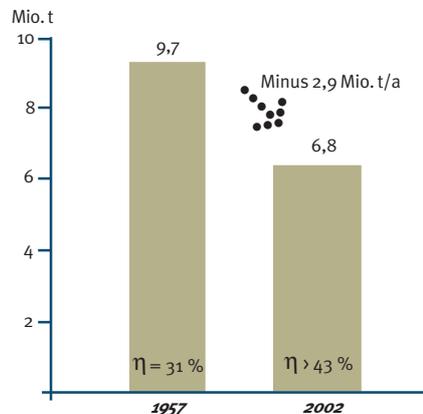
Köln - Deutschland kann seine internationalen Klimaschutzverpflichtungen ohne zusätzliche klimapolitische Maßnahmen einlösen. Nach Berechnungen der Prognos AG, Basel, reichen die Marktkräfte und der technische Fortschritt in Verbindung mit der derzeitigen Klimaschutzpolitik aus, um den nationalen Beitrag zur Erfüllung des Kyoto-Protokolls zu erbringen. Deutschland hat sich im Rahmen der EU-Lastenverteilung verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2010 um 21 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Derzeit hat Deutschland seine Emissionen bereits um rund 19 Prozent vermindert. Die gesamte EU soll bis 2010 die Emission klimarelevanter Gase um etwa acht Prozent reduzieren. Deutschlands Vorreiterrolle im Klimaschutz geht im wesentlichen auf den frühzeitigen Beginn klimapolitischer Vorsorge zurück. Die Braunkohlenindustrie in Ost- und Westdeutschland leistete hierzu einen maßgeblichen Beitrag. Von allen fossilen Energien kann die Braunkohle auf den größten Beitrag zur Minderung des CO₂-Ausstoßes verweisen. Seit 1990 sind die braunkohlebedingten Kohlendioxid-Emissionen um nahezu 50 Prozent gesunken. Durch den Bau von neuen Braunkohlekraftwerken besteht ein Ansatz, diesen Weg fortzusetzen. Allein durch die 1,2 Milliarden Euro teure 1000-MW-Anlage von Niederaußem im Rheinland mit ihrem Wirkungsgrad von über 43 Prozent reduzieren sich die CO₂-Emissionen im Vergleich zu Altanlagen um nahezu drei Mio. t im Jahr.



Entwicklung der energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen 1990 - 2002 in Mio. t Quelle: DIW

FÖRDERUNG

Deutsche Kraftwerke setzen mehr Braunkohle ein



CO₂-Minderung durch den Neubau von Braunkohlekraftwerken - in Mio. t Braunkohle bzw. CO₂ je 1 000 Megawatt (MW) im Grundlastbetrieb, η = Nettowirkungsgrad

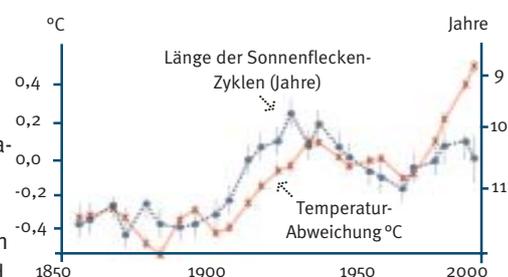
Köln - Die Deutsche Braunkohlenindustrie verzeichnete im Jahr 2002 Absatzzuwächse. Die Förderung erhöhte sich wegen der höheren Verfügbarkeit der Kraftwerke und der Inbetriebnahme der neuen Anlage in Niederaußem bei Köln um 3,7 Prozent auf 181,8 Millionen Tonnen (Mio. t). Die Förderung im mitteldeutschen Revier stieg um 3,9 Prozent auf 20,0 Mio. t, in der Lausitz nahm die Förderung um 3,1 Prozent auf 59,3 Mio. t zu. Im Rheinland erhöhte sich die Förderung um 5,3 Prozent auf 99,4 Mio. t. Hier nahm im September 2002 das erste Braunkohlekraftwerk mit optimierter Anlagentechnik - kurz BOA - seinen Probetrieb auf. Die Braunkohlenlieferungen an Kraftwerke der allgemeinen Stromversorgung stiegen 2002 um vier Prozent auf 167,4 Mio. t. Damit wurden rund 93 Prozent der gesamten deutschen Braunkohlenförderung zur Stromerzeugung eingesetzt. Für die Erzeugung von wettbewerbsfähigem Grundlaststrom ist Braunkohle unverzichtbar. Nahezu 28 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms basiert auf

Braunkohle. Die Erhöhung der Stromerzeugung aus Braunkohle in den vergangenen Jahren erklärt sich im Wesentlichen durch die Inbetriebnahme von deutlich effizienteren Neubaukraftwerken in den neuen Bundesländern und im Rheinland sowie die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle aufgrund von Kostensenkungsprogrammen. Die Deutsche Braunkohlenindustrie bekennt sich weiterhin zu einer aktiven Klimavorsorgepolitik durch technische Effizienzsteigerung. Die Neubauten der Kraftwerke in den neuen Ländern haben dazu ihre Fortsetzung in dem jüngsten Kraftwerksneubau im Rheinland gefunden.

KLIMASCHUTZ

Großes Interesse an Themenbeilage zum Klimaschutz

Köln – Die nach umfangreichen Vorarbeiten zum Jahresanfang publizierte DEBRIV-Broschüre „Klimadiskussion im Spannungsfeld“ ist auf eine breite öffentliche Resonanz gestoßen. Die kompakte Darstellung aktueller Theorien zum Klimawandel sowie der Beiträge der Braunkohle zu Versorgungssicherheit und Klimavorsorge war zunächst dem Magazin „Journalist“ als Verlagsbeilage beigelegt. Wegen der erfreulichen Nachfrage aus dem Medien- und Bildungsbereich ist die Broschüre jetzt auch eigenständig verfügbar. Einzelexemplare versendet der DEBRIV auf Anfrage. Zu einer kontroversen fachlichen Diskussion führten die Darstellungen zu den Forschungsmodellen über den Einfluss der Sonnenfleckenzyklen und der Wolkenbildung auf unserer Klima. Während sich seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts eine auffällig Korrelation zwischen der Länge der Sonnenfleckenzyklen und der Temperaturänderung auf der Erde beobachten ließ, konnte in den zurückliegenden Jahren dieser Zusammenhang nicht mehr bestätigt werden.



Korrelation zwischen der Länge der Sonnenfleckenzyklen (mit Unsicherheitsbereich) und der Temperaturänderung zwischen 1860 und 1980, nach Thejil/Lassen/DMI 1999

EMISSIONSHANDEL

Arbeiten am Allokationsplan laufen an

Berlin/Brüssel - Rund 4000 Anlagen wird der von der Bundesregierung vorzubereitende nationale Allokationsplan für den Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten nach ersten Schätzungen des Bundesumweltministeriums umfassen. Derzeit werden die Daten über die Unternehmen und ihre Emissionen von den Bundesländern erhoben. Ausgehend vom nationalen Ziel der 21-prozentigen Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes wird der Allokationsplan zunächst sektorspezifische Emissionsziele und danach „anlagenscharfe Caps“ festlegen. Die ab 2005 vom Emissionshandel erfassten Betriebe sollen insgesamt eine Minderung in Höhe von rund 35 Mio. t Kohlendioxid in den beiden Verpflichtungsperioden bis 2012 erreichen. Als schwierig wird die Berücksichtigung der bereits erbrachten Minderungen bezeichnet. Die Folgen des Kernenergieausstiegs müssen ebenso berücksichtigt werden wie der besondere gesetzliche Rahmen für die Kraft-Wärme-Kopplung. Die Umsetzung der geplanten EU-Richtlinie in nationales Recht führt zu der Frage, ob das geltende Immissionsschutzrecht ausreichend ist oder eine neue Klimaschutzgesetzgebung notwendig ist.

Das Europäische Parlament beschäftigt sich derzeit mit dem kürzlich von den EU-Umweltministern verabschiedeten „Gemeinsamen Standpunkt“. Berichterstatter Moreira da Silva sprach sich für einige Änderungen aus. Sie betreffen die insbesondere von Deutschland durchgesetzte Opt-out-Klausel, die es Branchen zumindest in

der Anfangsphase erlauben würde, nicht am Emissionshandel teilzunehmen. Außerdem plädiert das Parlament dafür, einen kleinen Teil der Emissionszertifikate an Börsen zu handeln, um die Bildung marktgerechter Preise zu sichern. Ferner sollen die chemische und die Aluminiumindustrie bereits in der ersten Phase einbezogen werden. Dies soll auch für die sogenannten flexiblen Klimaschutzmaßnahmen gelten. Mit der endgültigen Verabschiedung im Europäischen Parlament wird Anfang Juli gerechnet.

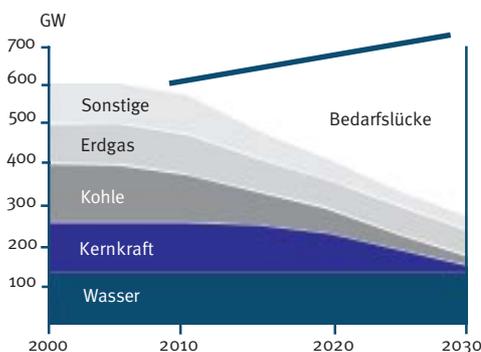
Die deutsche Braunkohlenindustrie äußerte sich zum geplanten Emissionshandel mit einer Reihe von Forderungen und Vorschlägen. Es dürfen keine Wettbewerbsnachteile für laufende Anlagen entstehen. Außerdem müssen Planungs- und Investitionssicherheit für die Verpflichtungsperioden und den Zeitraum nach 2012 gegeben sein. Es sei erforderlich, den Emissionshandel durch industrie- und strukturpolitische Leitlinien zu flankieren. Die Ausgabe der Zertifikate sollte über den gesamten Zeitraum kostenlos erfolgen, ausreichend sein, sich an der jeweiligen Produktion orientieren und den Betrieb einer Anlage über ihre gesamte Lebensdauer ermöglichen. Dabei darf nach Ansicht der deutschen Braunkohlenindustrie der kontinuierliche Modernisierungsprozess im Braunkohlensektor nicht unberücksichtigt bleiben. Dies gelte sowohl im Hinblick auf das abgeschlossene Modernisierungs- und Neubauprogramm in den neuen Bundesländern wie auch für die Kraftwerkserneuerungen im Rheinland.

Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte vor Betriebsräten des deutschen Bergbaus dazu: „Neue und hocheffiziente Kohlekraftwerke werden wir genauso mit kostenlosen Zertifikaten ausstatten, wie das bei bestehenden Anlagen der Fall sein wird. Der Emissionshandel wird keine Strategie, die von der Kohle wegführt.“

POLITIK

Neue Energie-Programme in Vorbereitung

Berlin - Bundesregierung und Regierungskoalition wollen noch in diesem Jahr „neue klima- und energiepolitische Leitlinien“ erarbeiten. Die unter dem Arbeitsnamen „Green Cabinet“ betraute Staatssekretärsrunde zur nachhaltigen Entwicklung erklärte in ihrem Arbeitsauftrag: Die Liberalisierung des europäischen Energiemarktes, die Integration der erneuerbaren Energien sowie die Veränderung des Energieträgermixes stellen neue Herausforderungen dar. Zu den Arbeitszielen der Runde gehöre deshalb eine mittelfristige Prognose zur Entwicklung des Energieverbrauchs bei Ausschöpfung der Effizienz- und Einsparpotentiale. Die Bundesregierung strebe an, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2010 zu verdoppeln. Durch diesen Ausbau würden sich vor allem in Norddeutschland neue regionale Standorte der Stromerzeugung bilden. Gleichzeitig finde in den nächsten 20 Jahren ein „starker Erneuerungs- und Umstrukturierungsprozess in der deutschen und europäischen Stromwirtschaft statt“. Allein in Deutschland stünden bis 2020 rund 30 000 Megawatt Kraftwerksleistung altersbedingt zu Stilllegung an und müssen erneuert werden. Diese Entwicklung hat nach Auffassung des Green Cabinet „erhebliche klimaschutzpolitische Bedeutung“. Notwendig sei neben der Integration der erneuerbaren Energien in die Energieversorgung „eine gleichermaßen wirtschaftliche, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Umstrukturierung des Kraftwerksparkes. Bis zur Jahresmitte sollen das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium in Zusammenarbeit mit der Deutschen Energieagentur (dena) den Entwurf für ein entsprechendes Konzept vorlegen.



Rückgang der Stromerzeugungskapazitäten in der EU infolge Überalterung

ENERGIESTEERN

Strom-Abgaben steigen um ein Drittel

Berlin - Die staatlichen Sonderlasten auf die Strompreise werden im laufenden Jahr nach jüngsten Berechnungen der Elektrizitätswirtschaft eine Gesamthöhe von 12,3 Mrd. Euro erreichen. Das ist gegenüber 2002 ein Anstieg um rund ein Drittel. Der größte Teil der Abgaben entfällt mit 7,4 Mrd. Euro auf die Stromsteuer. Es folgen die Umlagen zur Förderung der Erneuerbaren Energien mit knapp zwei Milliarden Euro. Für die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung zahlen die Stromverbraucher 2003 etwa 0,7 Mrd. Euro und an Konzessionsabgabe an Städte und Gemeinden knapp 2,2 Mrd. Euro. Die Sonderlasten werden zu etwa zwei Dritteln von den Haushalten und zu rund einem Drittel von der Industrie getragen. ■

BRAUNKOHLE

Stromerzeugung aus Braunkohle auf Vorjahresniveau

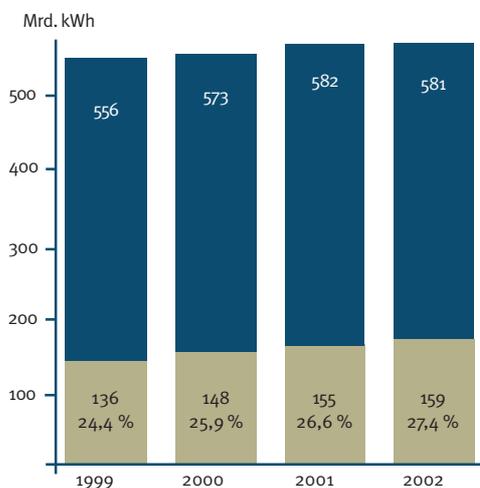
Köln - Die inländische Braunkohlenförderung erreichte im 1.Quartal 2003 eine Höhe von 45,3 Millionen Tonnen (Mio. t). Dem Rückgang der Förderung im Rheinland um 0,9 Prozent sowie um 2,9 Prozent in der Lausitz stand ein Zuwachs der Produktion um 7,6 Prozent im Mitteldeutschen Revier gegenüber. Die gesamte deutsche Braunkohlenförderung lag in den ersten drei Monaten dieses Jahres damit um 1,8 Prozent unter der des Vorjahreszeitraums. Die Lieferungen an die Kraftwerke der öffentlichen Versorgung nahmen um 1,7 Prozent auf 42,2 Mio. t ab. Wegen des höheren Heizwerts der gelieferten Kohle lag die Stromerzeugung aus Braunkohle im Berichtszeitraum aber bei unverändert 39,5 Mrd. Kilowattstunden (TWh). Der Absatz an Veredelungsprodukten stieg im wesentlichen durch eine witterungsbedingt erhöhte Brikettproduktion um gut zwei Prozent. Für das Gesamtjahr 2003 rechnet die deutsche Braunkohlenindustrie mit einer Förderung in Höhe von rund 180 Mio. t. ■

KLIMASCHUTZ

Neue Initiativen

Berlin - Die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrike Mehl, und der Klimaschutzexperte des Fraktion, Ulrich Kelber, haben Energieunternehmen sowie führende Wirtschaftsverbände aufgefordert, neue Vorschläge zum Klimaschutz zu machen. Die beiden Politiker kündigen bis zur parlamentarischen Sommerpause ein Klimaschutz-Eckpunktepapier an, „um das nationale Ziel einer vierzigprozentigen Reduktion des Ausstoßes von Klimagasen bis 2020 mit konkreten Planungen zu unterfüttern“. Bisher gilt eine Verminderung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 21 Prozent im Rahmen des EU-Burden-Sharings bis 2010 als nationales Ziel. Die jüngsten Pläne der rot-grünen Regierungskoalition, Deutschlands Vorreiterrolle im Klimaschutz weiter auszubauen, werden von der Wirtschaft mit Skepsis aufgenommen. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) sieht derzeit keinen Anlass, dass sich Deutschland mit immer ehrgeizigeren Zielen von der internationalen Klimaschutzpolitik abkoppelt. BDI-Klimaexperte Klaus Mittelbach warnte vor zu ehrgeizigen nationalen Zielen im

Klimaschutz. Für die Entwicklung des Weltklimas sei der deutsche Beitrag ohne Belang. Es sei wichtiger, sich für internationale Standards einzusetzen. Wie der DEBRIV in einem Schreiben an die beiden Parlamentarier mitteilte, ist außerdem zu berücksichtigen, dass die Debatte über quantitative CO₂-Minderungsziele jenseits von 2012 oder die Andeutung, dass Deutschland noch mehr als im EU-Lastenplan bereits zugesagt hat, leisten könne, auf europäischer Ebene für Deutschland eher nachteilig wirken kann. Bekannt sind die großen Schwierigkeiten für den überwiegenden Teil der EU-Ländern, die im Rahmen des Burden sharing vereinbarten Ziele zu erreichen. Neue deutsche Zusagen sind kaum geeignet, diese Länder anzuspornen, ihre Beiträge zu erbringen. Vor dem Hintergrund einer Vielzahl von ökonomischen und technischen Unwägbarkeiten ist, so der DEBRIV, die Diskussion zusätzlicher Beiträge verfrüht und überflüssig.



Entwicklung der Bruttostromerzeugung und der Braunkohlenverstromung 1999 - 2002 in Mrd. kWh

BRAUNKOHLE-INDUSTRIE

Rolle der Braunkohle festigt sich

Köln - Die Braunkohle ist für die deutsche Energieversorgung und speziell für die sichere und wettbewerbsfähige Stromerzeugung in den zurückliegenden Jahren immer wichtiger geworden. Die Förderung stieg in den vergangenen vier Jahren von 161 Mio. t auf 182 Mio. t. Dieses Wachstum wurde im wesentlichen vom vermehrten Einsatz der Braunkohle zur Stromerzeugung getragen. Im vergangenen Jahr erzeugten die deutschen Braunkohlenkraftwerke 159 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh), vor vier Jahren waren es noch 136 Mrd. kWh. Der Anteil des Braunkohlenstroms an der gesamten Stromerzeugung stieg im selben Zeitraum von 24,4 Prozent auf 27,4 Prozent. Allein im letzten Jahr betrug der Zuwachs bei einer stabilen Gesamtstromerzeugung 2,7 Prozent bei der Braunkohle.

VERBÄNDE

Europäische Kohlenindustrie stärkt ihr Profil

Brüssel - Der europäische Stein- und Braunkohlenverband EURACOAL (European Association for Coal and Lignite) hat sich bereits wenige Monate nach seiner Gründung intensiv am Dialog mit der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament beteiligt. Mit ausführlichen Stellungnahmen zum Grünbuch zur europäischen Versorgungssicherheit und zur Einführung eines Zertifikatehandels für Kohlendioxid brachte EURACOAL Ansichten und Argumente der europäischen Kohlenindustrie zu Gehör. Mit einem umfassenden Auftritt im Internet (www.euracoal.org) soll die aktuelle Arbeit von EURACOAL und Fakten über die europäische Kohleindustrie gebündelt vielen Interessenten zugänglich gemacht werden.

Herausgeber:

DEBRIV
Bundesverband Braunkohle
- Öffentlichkeitsarbeit -
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Postfach 40 02 52
50832 Köln

Tel.: 0 22 34/18 64-0

Fax: 0 22 34/18 64 18

E-Mail: uwe.maassen@Braunkohle.de

<http://www.braunkohle.de>

(Eintragung in den e-mail-Presserverteiler unter: www.braunkohle.de „Presseservice“)